

Für die radikale Entknastung

Abolitionismus und transformative Gerechtigkeit in den USA

Eine Gesellschaft ohne Knäste – was utopisch klingt, ist für viele GefängniskritikerInnen ein konkretes Ziel, auf das es hinarbeiten gilt. Sie nennen sich AbolitionistInnen und sehen sich in einer Tradition mit den Kämpfen gegen Sklaverei und für Schwarze Befreiung. Frauen, nicht-binäre und queere Menschen of color spielen in der Bewegung eine zentrale Rolle.

von **Melanie Brazzell**

► Den AbolitionistInnen geht es um gesellschaftliche Veränderungen im Hier und Jetzt: Die Probleme mit Gewalt in Communities sollen durch gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme gelöst werden. Transformative Justice oder transformative Gerechtigkeit, heißt das Konzept, das den Schutz des Staates als Gewalt enttarnt und auf eine Gesellschaft ohne Knäste vorbereiten soll.

Abolition bedeutet in diesem Kontext nicht nur die Abschaffung von Gefängnissen, sondern auch des Netzes strafender Institutionen und der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Logik von Scham, Strafe und Ausschluss. Die Abolitionsbewegung versucht eine Welt aufzubauen, in der solche Instrumente überflüssig sind. Viele der Probleme, die Gefängnisse vorgeben zu lösen, werden von ihnen selbst mit verursacht. So hat der Gefängnisstreik im Sommer 2018

erneut auf beeindruckende Weise gezeigt, wo es im amerikanischen Gefängnisssystem im Argen liegt (siehe S.32).

Der strafende Staat

► Die Inhaftierungsrate in den USA ist immens. In den 1970er und 80er Jahren wurde die Gefängnisbevölkerung massiv erweitert (um 500 Prozent bis heute). Dies geschah in einer Zeit, in der der Wohlfahrtsstaat durch den strafenden Staat ersetzt wurde. Wohlfahrts- und Strafregime hängen zusammen: Wo Sozialabbau betrieben wird, wächst die Bedeutung strafender Praktiken, sowohl durch Inhaftierungen, als auch bei sozialstaatlichen Maßnahmen und in der Arbeitswelt. Die Prekarisierung und ihre psychischen Auswirkungen oder wachsender Rassismus sind Folgen der weltweiten Neoliberalisierungsprozesse. All dies wurde von PolitikerInnen für einen »Strafpopulismus« mobilisiert, der die Welt als kriminell belastet darstellt und nach harten Strafen verlangt. Masseninhaftierungen haben auch als Aufstandsbekämpfungsmaßnahme gegen die Befreiungsbewegungen der 1960er von Schwarzen, Latinx und anderen rassistisch ausgegrenzten Gruppen funktioniert, etwa beim so genannten War on Drugs.

Teil dieser Prozesse ist auch die Privatisierung ursprünglich staatlicher Strafinstitutionen. Seit den 1980er Jahren werden immer mehr Strafvollzugsanstalten sowie Jugend- und Abschiebegefäng-

Filmstill aus: »Orange is the New Black« (USA 2017)



nisse von privatwirtschaftlichen Unternehmen betrieben. Die abolitionistische Organisation Critical Resistance hat dieses breite Netz als »Gefängnis-industriellen Komplex« analysiert, in Anlehnung an den Begriff des militärisch-industriellen Komplexes. Es ist eine Industrie, die nicht nur Gefängnisse umfasst, sondern auch den Staat und viele andere Bereiche, die von Überwachung, Kriminalisierung und Bestrafung profitieren. Dieses Netz erreicht sogar Schulen, wo bestrafende Disziplinarmaßnahmen gegen Kinder und Jugendliche of color die berüchtigte »school-to-prison pipeline« bilden.

Währenddessen wurden die Praktiken der Polizei verschärft. Unter dem Einfluss des War on Terror wurden selbst lokale Polizeibehörden militarisiert. Das Ministerium für Innere Sicherheit gliederte nach 9/11 auch die Grenzregime immer mehr in Gesetzesvollzugsstrukturen ein. Mit der ICE (Immigration and Customs Enforcement) wurde eine polizeiähnliche Strafverfolgungsbehörde gegen MigrantInnen eingeführt. Sie setzt polizeiliche Praktiken ein, obwohl der Aufenthalt ohne gültige Papiere in den USA gesetzlich nur eine Ordnungswidrigkeit darstellt. Kampagnen fordern deshalb die Abschaffung der Behörde.

Derzeit erleben Justizreformen in den USA eine Hochzeit. Sogar Konservative geben heute zu, dass das Gefängnis problematisch ist – vor allem wegen seiner hohen Kosten. Aber Reform bedeutet nicht unbedingt den Abbau von Bestrafungsmechanismen. Immer wieder beobachten AbolitionistInnen die Kooptierung von Reformstrategien in der Gefängnis-Industrie. Sprache und Praxen restaurativer Gerechtigkeits- und Mediations-Modelle wurden vom Justizsystem übernommen, dabei aber ihrer transformativen Ziele, ihrer radikalen Kritik und ihrer Selbstorganisation beraubt.

Auch die Kommodifizierung auf Seiten der Sicherheitsindustrie steht positiven Veränderungen durch Reformbestrebungen entgegen. Das bringt die Entknastung oft nur scheinbar voran: Technologien wie elektronische Fußfesseln privatisieren Strafe nicht nur hinsichtlich des Profits, sondern auch die Bestrafung selbst. Kann man von Entknastung sprechen, wenn der Knast nach Hause verlegt wird?

Queere und feministische Knastkritik

- 34 ► Vereinnahmung durch den Staat haben nicht nur Gefängnisreformbewegungen erfahren, sondern auch queere und feministische AkteurInnen. Der Erfolg der feministischen Kämpfe für die Anerkennung von sexualisierter Gewalt und Gewalt in Beziehungen hat in den USA beispielsweise dazu geführt, dass viele Betroffenenberatungsstellen und Organisationen gegen Gewalt immer enger mit Gesetzesvollzugsinstanzen zusammenarbeiten. Heute setzen sie sich für schärfere Strafen, ein öffentliches Register und in manchen Fällen gar für eine unbefristete Sicherheitsverwahrung von Sexualstraftätern ein.

Diese ‚Lösungsvorschläge‘ sehen sexualisierte und Beziehungsgewalt nicht als Symptom des gesellschaftlichen Macht- und Unterdrückungssystems, sondern hauptsächlich als law and order-Problem. Finanzielle Unterstützung seitens des Staats setzt viele

Anti-Gewalt-Organisationen unter Druck, dieser Linie zu folgen. Leider stieß #metoo trotz seiner Vielfalt ebenfalls keine weitergehende Debatte zum Thema an. Oft lautete auch hier der einzige Vorschlag: »Werft ihn ins Gefängnis« oder »Verlass ihn«. Obwohl eine solche Reaktion angesichts des langen Schweigens über Gewalt verständlich ist, untermauert sie doch eine Wegsperrlogik gemäß dem Mythos von den bad apples, den »bedauerlichen Einzelfällen«. Die strukturellen Ursachen sexualisierter Gewalt werden so ignoriert und reproduziert.



Filmstill aus: »Mandela: Der lange Weg zur Freiheit« (USA, Südafrika 2013)

Gerade in migrantischen und Communities of color ist es oft mit großer Gefahr verbunden, staatliche Institutionen, insbesondere die Polizei, mit einzubeziehen, wenn partnerschaftliche oder sexualisierte Gewalt geschieht. Zum einen kommt es vielfach zur Kriminalisierung von Betroffenen, zum anderen wollen Betroffene eine unverhältnismäßige Bestrafung der gewaltausübenden Person durch Polizei und Strafvollzug vermeiden, wie sie gerade PoC häufig widerfährt. SexarbeiterInnen of color werden häufig erneut von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt getroffen, wenn sie wegen Übergriffen zur Polizei gehen. *Sans-papiers* droht Abschiebung, wenn sie sich an staatliche Institutionen wenden. Zudem stehen Betroffene oft unter dem Druck, durch ein Publizieren ihrer Fälle kein weiteres schlechtes Licht auf ohnehin schon mit negativen Stereotypen belegte Gruppen zu werfen.

Das gilt selbstverständlich auch im deutschen Kontext. Ein Beispiel für die Verstrickung von sexualisierter und staatlicher Gewalt ist der Fall von Hussam Fadl Hussein. Der irakische Familienvater kam durch einen Polizeieinsatz in der Asylunterkunft Tempelhofer Feld ums Leben, bei dem es eigentlich darum ging, den mutmaßlichen Täter des Missbrauches von Husseins Tochter festzunehmen. Während geflüchtete Menschen und MigrantInnen, Männer wie Frauen, den Staat eher als Missbrauchstäter sehen, konstruiert ein deutscher Strafrechtsfeminismus den Staat oft als Beschützer. Die intersektionale Analyse von Frauen, Queers und nicht-binären Menschen of color wird dabei ausgeblendet.

Dem Gefängnis als Ort, an dem geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt in besonderem Maße ermöglicht wird, kommt in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu. Wenn wir die Institutionen mit den meisten betroffenen Personen auflisten, steht der Knast weit oben. Auf die oft gestellte Frage »Wie können wir Gefängnisse abschaffen, wenn es doch Serienmörder und Vergewaltiger gibt?« antwortet der queere Aktivist und Anwalt Dean Spade: »Das Gefängnis ist der Serienmörder und der Vergewaltiger«. Eine Alternative zu Knast und Bestrafung suchen AktivistInnen deshalb innerhalb von Communities, etwa durch Ansätze der Community Accountability und der Transformative Justice.

Dem Gefängnis als Ort, an dem geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt in besonderem Maße ermöglicht wird, kommt in diesem Zusammenhang große Bedeutung zu. Wenn wir die Institutionen mit den meisten betroffenen Personen auflisten, steht der Knast weit oben. Auf die oft gestellte Frage »Wie können wir Gefängnisse abschaffen, wenn es doch Serienmörder und Vergewaltiger gibt?« antwortet der queere Aktivist und Anwalt Dean Spade: »Das Gefängnis ist der Serienmörder und der Vergewaltiger«. Eine Alternative zu Knast und Bestrafung suchen AktivistInnen deshalb innerhalb von Communities, etwa durch Ansätze der Community Accountability und der Transformative Justice.

Nicht-reformistische Reform

- Auf einer Konferenz an der Universität Berkeley entstand 1998 das Netzwerk Critical Resistance, das sich in der Schwarzen radikalen Tradition verortet und das die Abschaffung des Gefängnisses

populär machen will. Es zeigt die Kontinuitäten zwischen dem Plantagensystem der amerikanischen Südstaaten und der heutigen Gefängnisarbeit auf, geschaffen durch die 13. Verfassungsänderung, die zwar Sklaverei abschaffte, aber die Hintertür für Zwangsarbeit offenließ.

AbolitionistInnen wie Critical Resistance sprechen von »nicht-reformistischer Reform«, um neue Perspektiven in den alten Debatten um Revolution und Reform zu erschaffen. Schon in den 1970er Jahren unterschieden QuäkerInnen des Prison Research Education Action Projects zwischen oberflächlichen Reformen und solchen, die in Richtung einer Abschaffung weisen. Ihr Entknastungsmodell nennt mehrere Komponenten, die sie als Reformen in Richtung einer Abschaffung betrachten: Einen Baustopp für neue Knäste, die Entlassung möglichst vieler Gefangener, einen Stopp der Aufnahme neuer Gefangener, einen humanen Umgang mit denen, die tatsächlich sozialer Kontrolle bedürfen, und den Aufbau von Caring Communities.

Diese Diskussion wird bis heute geführt. Critical Resistance hat kürzlich Kriterien veröffentlicht, um zu überprüfen, ob ihre kurzfristigen realpolitischen Strategien den Boden für Abolitionismus bereiten können oder nicht. Die Kriterien sind auf die Abschaffung der Polizei zugeschnitten, können aber für viele Bewegungen von Nutzen sein. Es geht darum, zu betrachten, inwiefern strategische Reformen, wie etwa Zivilaufsichtskommissionen oder Körperkameras bei PolizistInnen, die materiellen oder ideologischen Ressourcen des Kriminaljustizsystems abbauen oder aufrechterhalten.

Alternativen zu Knast und Polizei

► Neben der Strategie einer nicht-reformistischen Reform geht es dem Abolitionismus um den Aufbau von Alternativen zu Bestrafungsmechanismen – nicht nur im Gefängnis, sondern auch im Alltag. Viele Alternativen laufen unter dem Begriff Transformative Justice. Dabei wird Gewalt nicht als moralische oder psychologische Schwäche von Einzelnen gesehen, sondern vielmehr als Ausdruck von Machtstrukturen. Sie wird als Verhalten und nicht als Identität verstanden. So kann Gewalt, wenn sie als eine Sprache der Bedürfnisse und Gefühle gelernt wird, auch wieder verlernt werden.

Deshalb werden Gewaltausübende nicht als Monster betrachtet, sondern als Menschen, die Verantwortung für ihr Verhalten übernehmen können. Im Hinblick auf die Sicherheit für Betroffene geht es nicht um paternalistischen Schutz, sondern um Selbstbestimmung. Dabei werden verschiedene Gewaltformen zusammengedacht: Sexualisierte Gewalt und strukturelle Gewalt gehen Hand in Hand, und die eine kann nicht die Lösung für die andere sein.

An der Schnittstelle von antirassistischen Kontexten und feministischer Anti-Gewalt-Arbeit formierten sich neue Konstellationen, um transformative Gerechtigkeitsmodelle zu entwickeln, die staatliche und zwischenmenschliche Gewalt zusammendenken. In deren Fokus stand vor allem sexualisierte und partnerschaftliche Gewalt. Zunächst wurden vor allem Leitfäden für Prozesse entwickelt, um mit Gewalt in einer Community umzugehen. Dabei werden etwa verschiedene Teams gebildet: für die Unterstützung von betroffenen Personen, als Unterstützung bei der Verantwortungsübernahme durch die gewaltausübende Person, für den Umgang mit der Community, und für die Begleitung des Gesamtprozesses sowie der Kommunikation zwischen den beteiligten Gruppen.

Ziel ist es, strafende Institutionen überflüssig zu machen

Durch die Black Lives Matter-Bewegung wird der Begriff der Transformative Justice mittlerweile in den USA bekannter und findet Anwendung. Er bezeichnet dabei aber mehr einen flexiblen Ansatz als ein festes Modell. Er wird in vielerlei Kontexten angewandt: Beim Safe OUTside the System Collective in New York geht es um sichere Partys ohne Polizeipräsenz für queere, trans und nicht-binäre Kollektivmitglieder. Beim Project NIA (Swahili für Absicht, Zweck) geht es um Community Organizing und Mediation bei Konflikten unter Jugendlichen. Schulen arbeiten mit Mediations- und Konflikt-schlichtungsmodellen gegen die school-to-prison pipeline. Für das Seattle Community Justice Projekt geht es um Gruppenprozesse mit Männern im Gefängnis, um sie bei der Verantwortungsübernahme und dem Heilungsprozess von Gewalt zu begleiten.

Religiöse Gemeinden haben sich verpflichtet, Alternativen zur Polizei zu entwickeln, damit sie keine Polizei oder Sicherheitsdienste in ihre Räume einlassen müssen. Dabei geht es um Deeskalation und Alternativen zur Polizei

in psychischen Krisen sowie um Selbstverteidigungsstrategien gegen antisemitische und weiße nationalistische Gewalt wie etwa in Pittsburgh oder Charleston. In einer Obdachlosenunterkunft in der Bay Area in Kalifornien werden alternative Konfliktmediationsstrategien eingesetzt, um die katastrophalen Konsequenzen der Rauswurf-Politik bei Konflikten zu vermeiden. Die Vielfalt der Konzepte ist der Unterschiedlichkeit der Kontexte und deren inhärenten Gewaltverhältnissen geschuldet. Es gibt viele weitere Settings, in denen Transformative Justice vorstellbar ist. Auch im deutschen Kontext gibt es viele kleine Setzlinge transformativer Gerechtigkeit, die in den Rissen der Institutionen wachsen.

Transformative Justice wird gerade zum Trendbegriff. Dabei ist es wichtig, die radikalen Wurzeln des Konzepts im Abolitionismus zu verteidigen. Transformative Justice und Abolitionismus sind untrennbar mit den Kämpfen sozialer Bewegungen verbunden. Diese verstehen Abolition in einem weiten Sinn, nämlich als Abolition von undemokratischen und unterdrückenden Systemen.

Zentral für Transformative Justice ist das Empowerment von betroffenen Personen und deren Selbstorganisation. Diese Politik kann nicht aus der Geschichte der Kritik an Rassismus und staatlicher Gewalt herausgenommen werden und sollte auch in Deutschland auf diesem Fundament entwickelt werden. Wird Transformative Justice von dieser Geschichte abgetrennt, wird sie zu einem leicht kooptierbaren Werkzeug, wie es der restaurativen Gerechtigkeit und der Anti-Gewalt-Bewegung geschehen ist. Deren radikale und utopische Ziele endeten in Reformen, die der Aufrechterhaltung staatlicher Gewalt dienen.

Anmerkung

- 1 Restorative Gerechtigkeitsmodelle (engl. Restorative Justice) sehen eine gemeinschaftliche Konflikttransformation durch Wiedergutmachungsverfahren vor.

► **Melanie Brazzell** promoviert an der University of California in Soziologie. Sie ist Gründerin des Projekts »Was macht uns wirklich sicher?« (www.whatreallymakesussafe.com) sowie Herausgeberin des Buches »Was macht uns wirklich sicher? Ein Toolkit zu intersektionaler transformativer Gerechtigkeit jenseits von Polizei und Gefängnis« (edition assemblage, Münster 2018) und Co-Autorin von »Was tun bei sexualisierter Gewalt?« (Unrast, Münster 2018).